

Titel der Drucksache:

Resolution der thüringischen Gemeinden und
Städte zur kommunalen Finanzausstattung
2012

Drucksache

1619/11

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Dienstberatung OB	25.08.2011	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	07.09.2011	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt schließt sich der Resolution der thüringischen Gemeinden und Städte zur kommunalen Finanzausstattung 2012, die anlässlich der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen am 02.09.2011 beschlossen wurde, an.

25.08.2011, gez. i. V. T. Thierbach

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2011	2012	2013	2014
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 - Resolution

Sachverhalt

Die dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen angehörenden Kommunen lehnen darin das Thüringer Finanzausgleichsgesetz 2012 in der von der Landesregierung vorgelegten Form ab. Das Gesetz missachtet nach Auffassung der Verbandsmitglieder verfassungsrechtliche Grundsätze. Die Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften im Freistaat Thüringen werden dagegen klagen, wenn die vorgesehenen Kürzungen wider erwartend im Thüringer Landtag beschlossen werden.